

des nur zulasten eines anderen erreichbar ist, vertraute Smith auf die Effizienzeigenschaften des Marktmechanismus als Quelle für stetigen Produktionszuwachs, von dem alle Beteiligten profitieren. Für David Ricardo (1772–1823) lag der Ursprung zunehmenden Güterwohlstands in der kontinuierlichen Ausweitung des internationalen Handels. Friedrich List (1789–1846) steuerte eine Theorie der produktiven Kräfte und Karl Marx (1818–1883) die Kapitalakkumulation als Determinanten für beständiges Wachstum bei. Doch die klassische Epoche der Wirtschaftswissenschaften brachte auch zwei Wachstumspessimisten hervor. Thomas Robert Malthus (1766–1834) und John Stuart Mill (1806–1873) sahen in der Unmöglichkeit, eine dynamisch wachsende Bevölkerung zu ernähren bzw. in der Unausweichlichkeit einer stationären Ökonomie langfristige Wachstumsgrenzen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wartete Alois Joseph Schumpeter (1883–1950) mit einer Wachstumstheorie auf, die auf unternehmerischen Innovationen und einer hierdurch ausgelösten „schöpferischen Zerstörung“ beruht.

Nach dem zweiten Weltkrieg begründeten Roy F. Harrod (1900–1978) und Evsey D. Domar (1914–1997) die moderne Wachstumstheorie. In deren Zentrum stand die Frage, wie ein stabiler Wachstumspfad gefunden werden könnte, zumal die hierzu notwendigen Investitionen das Güterangebot und die Nachfrage auf unterschiedliche Weise beeinflussen. Die von Robert M. Solow (geb. 1924) in den Fünfziger Jahren entwickelte neoklassische Wachstumstheorie begründete, dass allein technischer Fortschritt für unbegrenztes Wirtschaftswachstum sorgen kann, weil nur so die andernfalls abnehmende Produktivität der Wachstum hervorbringenden Faktoren (Arbeit und Kapital) zu überwinden sei. Diese Implikation trug der ökonomischen Theorie allerdings die Kritik ein, Wachstum nicht systematisch erklären zu können, zumal technischer Fortschritt eine exogene Determinante darstellt. Sodann erlebte die Wachstumstheorie u.a. basierend auf den Arbeiten von Paul M. Romer (geb. 1955) neuen Auftrieb. Romer legte dar, wie durch Forschung, Bildung und Lernprozesse eine Endogenisierung jenes Fortschritts erzielbar ist, der die Begrenztheit des Faktors Arbeit zu überwinden vermag. Auf diese Weise wird verhindert, dass der Wachstumsprozess durch eine abnehmende Grenzproduktivität des Realkapitals je zum Erliegen kommt.

Zwischenzeitlich eröffnete der Club of Rome (1972) eine kritische Sicht auf ein stetig steigendes Bruttoinlandsproduktes (BIP). Diskutiert werden seither knappe Ressourcen und die ökologischen Folgen modernen Wirtschaftens als mögliche Grenzen des Wachstums. Die Arbeiten von Nicholas Georgescu-Roegen (1906–1994) und Rainer Kümmel (geb. 1939) untermauern die These, das Wirtschaftswachstum immer nur aus zunehmender Ausbeutung knapper Energieträger resultiert hat. Damit stellt sich eine Sinnfrage, die von Ökonomen gern umschifft wird: Worin liegt eigentlich die Essenz des modernen Wunsches nach ständigem Wachstum?

2 Fortschritt und soziale Wachstumslogik

In seiner „Philosophie des Geldes“ hat der deutsche Philosoph und Soziologe Georg Simmel (1858–1918) den Zusammenhang zwischen Wachstum und Fortschritt einprägsam beschrieben. Wenn die Dinge, welche von vielen begehrt würden, nicht vermehrt werden könnten, drohe unweigerlich eine „Menschheitstragödie der Konkurrenz“, die es kraft Fortschritt zu überwinden gelte: „In dem Maße, in dem man weitere Substanzen und Kräfte aus dem noch unokkupierten Vorrat der Natur in die menschliche Nutznießung hineinzieht“, so schreibt Simmel, „werden die bereits okkupierten von der Konkurrenz um sie entlastet“. Damit werden soziale Konflikte in solche zwischen Mensch und Natur umgelenkt.

Der berühmte Ausspruch Ludwig Erhards, wonach es besser sei, den volkswirtschaftlichen Kuchen wachsen zu lassen, statt sich um die Verteilung eines gegebenen Kuchens zu streiten, versinnbildlicht die gängige Praxis, soziale und politische Stabilität mit Wirtschaftswachstum zu erkaufen. Eine expandierende Verteilungsmasse verhilft dazu, Anspruchsgruppen zu bedienen, ohne anderen etwas wegnehmen zu müssen. Für parlamentarische Entscheidungsträger ist daher nichts bequemer, als aktuelle, absehbare oder auch nur vermutete Verteilungskonflikte in Wachstumsziele zu transformieren.

Hierzu dient „substanzieller“ Fortschritt, der gemäß Simmel darin besteht, die Natur mittels technischer Möglichkeiten in ein Füllhorn zu verwandeln. Ein derart epochales Unterfangen trägt schon deshalb zur Zivilisierung der Menschheit bei, weil daran im Zuge einer umfassenden und zusehends ausdifferenzierten Arbeitsteilung alle Gesellschaftsmitglieder teilhaben können. Damit ist eine universelle Entwicklungsrichtung vorgegeben, die jene kreativen Potenziale bindet, welche andernfalls weniger harmlosen Zwecken dienen könnten. Friedlich vereint in geschäftiger Plünderung hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus – jedenfalls solange die Ressourcen reichen.

Sollten die materiellen Substanzen je versiegen, so dass schließlich doch Verteilungskonflikte drohen könnten, ließen sich auch diese vermeiden, nämlich auf einer höheren Entwicklungsstufe, die Simmel als „funktionalen“ Fortschritt bezeichnet. Dieser gründet auf den Wesenszügen der modernen Geldwirtschaft, insbesondere den damit entfachten Tauschvorgängen. Letztere ermöglichen den „Aufbau einer Welt, die ohne Streit und gegenseitige Verdrängung aneignbar ist, zu Werten, deren Erwerb und Genuss seitens des einen den anderen nicht ausschließt, sondern tausendmal dem anderen den Weg zu dem gleichen öffnet“. Das Tauschmedium Geld sorgt dafür, dass alle Dinge dorthin gelangen, wo das Maximum des in ihnen schlummernden latenten Wertes genutzt werden kann. „Angenommen, die Welt wäre wirklich ‚weggegeben‘ und alles Tun bestünde in einem bloßen Hin- und Herschieben innerhalb eines objektiv unveränderlichen Wertquantums, so bewirkte dennoch die Form des Tausches gleichsam ein interzelluläres Wachstum der Werte“. Die damit einhergehende Herausbildung neuer Motivstrukturen, Verflechtungen und effizienter Arbeitsteilung bettet nicht nur alles Soziale in ökonomische Beziehungen ein, sondern schafft friedensstiftende Bindungen und Abhängigkeiten. Mit anderen Worten: Wer Handelsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen unterhält, führt (meistens) keine Kriege gegeneinander.

3 Wachstum aus betriebswirtschaftlicher Sicht

Auch im Marktgeschehen kann Wachstum Rivalitäten mindern. Konzepte des strategischen Managements, allen voran die schon bei Joseph Schumpeter durchschimmernde „Resource based view“, betonen die Innovationsfähigkeit als Basis für überdurchschnittliche Gewinne. Durch einzigartige, nicht imitierbare Güter gelingt es Unternehmen, sich von der Konkurrenz abzusetzen. Neue Produktkreationen, die sich qualitativ, ästhetisch oder funktional von bisherigen Varianten unterscheiden, stehen nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu diesen, sondern schaffen neue Marktnischen und damit zusätzliche Nachfrage. Dies entschärft den andernfalls gewinnschmälernden Preiswettbewerb. „Unser Mann der Tat folgt nicht einfach gegebener Nachfrage. Er nötigt seine Produkte dem Markte auf“, schrieb Schumpeter. So entstehe „der mächtige Sauerteig, der auf lange Sicht die Produktion ausdehnt“. Innovationen kreieren neue Bedarfe und lenken somit Rivalität in Wachstum um.

Aber das ist nicht der einzige Grund für den Expansionsdrang modernen Ökonomien. Um die Kostenvorteile industrieller Spezialisierung abschöpfen zu können, müssen Produktionsprozesse in isolierte Fertigungsstufen zerlegt werden. Dies erlaubt deren flexible und räumliche Verlagerung je nach Kosten- oder Qualitätsaspekten. Dadurch lässt sich das Prinzip der Massenfertigung auf alle zu durchlaufenden Produktionsstätten anwenden, um über höhere Outputmengen die Durchschnittskosten zu reduzieren. Das resultierende Wertschöpfungssystem ist entsprechend kapitalintensiv. Mit zunehmendem Spezialisierungsgrad der einzelnen Fertigungsstätten steigt die Notwendigkeit, vor Beginn jeder Produktionsphase die benötigten Inputfaktoren vorzufinanzieren, also zu investieren. Erfolgt dies durch Fremdkapital, werden Zinsen fällig – Eigenkapital verlangt nach einer hinreichenden Rendite. Deshalb muss in jeder Periode ein entsprechender Überschuss erwirtschaftet werden, um die Ansprüche des eingesetzten Kapitals zu erfüllen.

Das zur Stabilisierung des Gesamtprozesses erforderliche Wachstum steigt also mit den notwendigen Investitionsvolumina, die aus dem Spezialisierungsgrad der Herstellungskette resultieren, sowie der Höhe an jeweiligen Zins- und Renditeforderungen. Einen nicht unerheblichen Einfluss auf den wachstumsgenerierenden Investitionsprozess hat die praktisch unbegrenzte Geldschöpfung der Geschäftsbanken. Eine weitere Begleiterscheinung industrieller Spezialisierung besteht darin, dass der dabei zum Einsatz gelangende technische Fortschritt fortwährend die Arbeitsproduktivität steigert. Folglich lässt sich der bisherige Beschäftigungsstand nur beibehalten, wenn die Produktionsmenge hinreichend wächst. Allerdings erodiert die Basis die Wachstumsimperativ zusehends.

4 Wachstumsdämmerung

Die Zukunft moderner Konsumgesellschaften umfasst zwei Optionen: Entweder das auf Wirtschaftswachstum beruhende Wohlstandskartenhaus wird vorsorglich zurückgebaut oder es kollabiert, was einen umso härteren Aufprall – siehe Griechenland – nach sich zöge. Was spricht gegen die Fortsetzung des Wachstumsdogmas? Erstens scheitert Wachstum absehbar an Ressourcenengpässen („Peak Everything“), zweitens verringert es nicht per se Verteilungsungleichheiten, drittens sorgt es nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus für keine Glückerzuzwächse, sondern kann sogar in Stress oder Überforderung ausarten und viertens ist Wachstum nie ohne ökologische Schäden zu haben. Nichts wäre derzeit wichtiger als eine Entlastung der Ökosphäre. Dennoch wandeln sich die Lebensstile ausnahmslos in die entgegengesetzte Richtung. PolitikerInnen und vielen WissenschaftlerInnen fällt dazu nichts Besseres ein, als ausgerechnet jetzt weiteres, wenngleich „grünes“ Wachstum zu propagieren. Das kann nicht funktionieren, weil auch vermeintlich grüne Produkte und Technologien nie zum ökologischen Nulltarif zu haben sind, sondern oft nur Schäden verlagern. Zudem steigert auch grünes Wachstum das kaufkräftige Einkommen – worin bestünde sonst dessen Sinn? –, so dass die erhöhte Nachfrage über sog. potenzielle Ressourceneinsparungen „Bumerang-Effekte“ mit hoher Wahrscheinlichkeit zunichtemacht.

Die Alternative: In einer „Postwachstumsökonomie“ wäre der Industrieoutput höchstens halb so groß, ergänzt um eine Regionalökonomie. Letztere ließe sich durch Komplementärwährungen stabilisieren, die ohne Zinssatz innerhalb eines de-globalisierten Radius zirkulieren. So verbliebe Kaufkraft in der Region und Finanzspekulationen verlören an Boden. Genossenschaften wären die in beiden Sektoren dominante Unternehmensform, weil sie über eine demokratischere Steuerung Kapitalverwertungszwänge dämpfen könnten. Anstelle „geplanter Obsoleszenz“ (gezielter Einbau von Schwachstellen in das Produktdesign)

wären Produkte reparaturfreundlich und langlebig. Dienstleister würden den vorhandenen Bestand an Gütern erhalten, pflegen, optimieren oder umbauen. Aus Konsumenten würden moderne Selbstversorger. Sie arbeiteten infolge des ca. 50-prozentigen Industrierückbaus noch durchschnittlich 20 Stunden und nutzten die freigestellte Zeit, um handwerkliche und soziale Kompetenzen aufzufrischen. Gemeinschaftsgärten, offene Werkstätten, Reparatur-Cafés, künstlerische Aktivitäten, die gemeinschaftliche Nutzung von Gegenständen, Netzwerke der gegenseitigen Hilfe bei selbsttägigen Reparaturleistungen würden dazu beitragen, ein modernes Leben mit weniger Geld und Produktion zu ermöglichen. Eine Postwachstumsökonomie wäre von Sesshaftigkeit und materieller Genügsamkeit geprägt – vor allem sehr entspannt.

5 Peak Happiness

5.1 Zeitökonomische Grenzen

Der expansive Charakter moderner Freiheitsauslegungen wird einer inzwischen gewandelten Realität nicht mehr gerecht. Frühe Phasen der Moderne waren nicht nur von materieller Knappheit, sondern einer noch nicht ausgeschöpften menschlichen Aufnahmekapazität für zusätzliche Optionen konsumtiver Selbststeigerung geprägt. Dieses Zweigestirn aus Haben-wollen und Verarbeiten-können war der Motor einer Ausdehnungsbewegung, die folgerichtig mit Freiheitsgewinnen gleichgesetzt werden konnte. Inzwischen zeichnet sich ein Stadium der kaum mehr zu bewältigenden Überladung ab. Alle Dimensionen menschlicher Existenz sind okkupiert und vollgepfropft: Die Ökosphäre, die Landschaft, die Städte, die Häuser, die Terminkalender, die Freizeit, die Mobilität, die Bildung, die Vorsorge, das Portfolio beruflicher Entfaltung, die digitalen Kommunikationskanäle inklusiver neuer sozialer Netze, die bis in die letzten Nischen des Alltags reichen.

Alles ist verdrahtet, an jedem Ort und zu jeder Zeit günstig erhältlich. Deshalb ist modernes Leben so komfortabel – und doch zugleich so schwer. Denn zwei einander verstärkende Mechanismen konterkarieren das Glücksversprechen einer unbeschränkten Möglichkeitsvermehrung: Erstens macht sich Erschöpfung¹ infolge des Abarbeitens einer kaum zu bewältigenden Ereignis- und Optionendichte breit, die zweitens auf grassierende Inhaltsleere trifft, weil die einzelnen Optionen nur noch flüchtig „angetriggert“ werden können. Überfluss und Vielfalt an Möglichkeiten, die alle erschlossen werden wollen, führen in eine unerträgliche Leichtigkeit – zutreffender: Seichtigkeit – des Seins. Damit Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen stiften können, muss ihnen ein Minimum an Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da aber das Angebot an Optionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat und auch die geistige Aufnahmefähigkeit begrenzt ist, verschärft sich die Verwendungskonkurrenz um die nicht vermehrbare Ressource Zeit, insbesondere wenn sie sich auf eine immer größere Anzahl von Konsumobjekten verteilt. Jedem einzelnen davon wird ein zusehends geringeres Quantum an Aufmerksamkeit zuteil. Damit wird die minimal erforderliche Zeit zum Ausschöpfen konsumtiver Optionen zum Engpassfaktor.²

Wenn immer mehr Handlungsoptionen, Informationsverarbeitung und Entscheidungsbedarfe auf ein nicht vermehrbares Potenzial an Aufmerksamkeit treffen, nimmt zwar der Konsumwohlstand rechnerisch zu, aber seine positive Wirkung bleibt nicht nur auf der

¹ Vgl. Ehrenberg 2004

² Vgl. Paech 2010

Stecke, sondern kann sich sogar umkehren. An die Stelle lustvoller Ausschöpfung tritt das buchstäblich oberflächlichste Prinzip einer Aneignung, nämlich das Scannen und Surfen auf einem Ozean der Möglichkeiten, in den an keiner Stelle mehr eingetaucht werden kann. Für das zur Kontemplation nötige Verweilen, aber auch für die zur Wissensaneignung notwendige Durchdringung von Inhalten, fehlt es an Zeit, weil der Drang, möglichst „viel mitzunehmen“, eine entsprechend hohe Geschwindigkeit verlangt, mit der sofort zum nächsten Ereignis davon geeilt wird. Folglich gerät jede Balance zwischen horizontaler Vorwärtsbewegung und vertikaler Vertiefung zulasten der Letzteren aus den Fugen. Und immer sitzt die Angst im Nacken, etwas anderes zu verpassen, sollte die Verweildauer an einem Punkt innerhalb des multioptionalen Koordinatensystems zu lang werden. Irgendwann können Konsum- und Mobilitätssteigerungen nur noch der Behauptung einer sozialen Position dienen. Es sind defensive Zuckungen aus Furcht davor, gegenüber jenen zurückzufallen, die mehr erbeutete Objekte oder Erlebnisse vorweisen können. Das Resultat ist eine Anhäufung von Symbolen oder Wohlstandstrophäen, deren Zweck nur noch darin besteht, sich ihrer Existenz zu vergewissern. Selbst die Fähigkeit, sich an vergangene Genüsse zu erinnern, wird infolge eines Dammbrochs der vielen bunten Möglichkeiten überflutet und an mediale Beweisstücke gehaftet.

Die Geschichte des ökonomischen Fortschritts lässt sich eben auch anders erzählen: Erst kommt die Befreiung von Unmündigkeit, Knappheit und Not, dann der Überfluss und die zunehmend grenzenlose Selbstverwirklichung, irgendwann wird die Zeit zum Engpassfaktor und die Konsumverstopfung leitet zum Burn Out über. Am Ende mausert sich die Depression zur Zivilisationskrankheit Nummer eins – wohlgemerkt in prosperierenden Wohlstandsgesellschaften.

5.2 Das Paradox sinkender Zumutungen

Eine andere Konsequenz hoch verdichteter Lebensstile besteht im Verlust von Selbstwirksamkeit. Wenn alles in vorgefertigter Form abgerufen wird, bleibt kein Raum für eigene Gestaltung. Getilgt wird das Erfolgserlebnis, ein Konsumobjekt eigenhändig erschlossen zu haben und sei es nur durch den eingeübten Umgang, die mühsam erlangte Sachkenntnis oder die Mitwirkung am Zustandekommen eines Ergebnisses. Der Komfort, alles jederzeit mühelos serviert zu bekommen und umstandslos wieder fallen lassen zu können, um sich frei von jeglicher Verantwortung für den Verbleib oder die Nachsorge sofort dem Neuen zuwenden zu können, hat mehr als nur einen ökologischen Preis. Denn unterminiert wird damit das Potenzial, angeeignete Dinge mit den materialisierten Symbolen eigener Identität zu versehen. Dazu zählen Spuren der Instandhaltung; eigenhändig vorgenommene Veränderungen sowie Reparaturen; sichtbarer Verschleiß, der auf Erlebnisse oder eine Geschichte des Besitzers verweist; Patina als Ausdruck von Reife und als Verweis auf Vornutzer, zu denen Assoziationen geweckt werden sollen.³

Ebenfalls verlernt wird, die angeeigneten Objekte instrumentell zu verwenden, um sich daran durch eigene Übung zu verwirklichen, ganz gleich ob auf Basis von manuellem Handwerkszeug, nicht elektrifizierter Nähmaschine oder per Fahrrad, Angelrute, Segelboot oder Musikinstrument. Derartige Dinge stimulieren Prozesse, die eine körperliche und materielle Dimension aufweisen. Nötig ist dazu Übung, die weder an jemanden delegiert noch automatisiert werden kann. Solchermaßen aktiv zu betätigende Artefakte korrespondierenden mit Design-Vorstellungen, die auf längst bekannte Konzepte verweisen, etwa auf die „Polytechnik“ (Mumford 1967), „mittlere“ (Schumacher 1973) oder „konviviale“ (Illich

³ Vgl. Ullrich 2006, S. 27

1973) Technologien. Gebrauchsgegenstände wären demnach lediglich Hilfsmittel oder maßvolle Verstärker eigenständigen Schaffens. Manuelle Verrichtungen würden nicht durch äußere Energie- und anderweitige Ressourcenzufuhr ersetzt, sondern vorausgesetzt und perfektioniert – nicht zuletzt um der Erlangung persönlicher Souveränität willen.

Was demgegenüber in einer überfrachteten Konsumumgebung an eigener Kompetenz übrigbleibt, ist nichts als müheloses Dahingleiten auf uniformierten Benutzeroberflächen, so als sei das erfüllte Leben gleichbedeutend mit einem allgegenwärtigen Touchscreen. „Lebenserleichternde“ Automatisierung befreit von der Notwendigkeit, etwas Substanzielles zu können. So wird eine Virtuosität des Nicht-Könnens kultiviert. Sie fokussiert darauf, Ansprüche zu erfinden, zu differenzieren, zu strukturieren und deren Erfüllung mit nur minimalem eigenem physischem und intellektuellen Einsatz auszulösen. Die Kuriositäten eines derartigen Mega-Programms der individuellen Verkümmern lassen sich überall besichtigen. Wenn das Recht auf Hilflosigkeit als gesellschaftlicher Fortschritt zelebriert wird, erzwingt die innere Verödung umso mehr äußeres Wachstum an Leistungszufuhr – mit allen stofflichen Anhängen versteht sind. Heerscharen global umherirrender Versorgungsfälle ziehen eine immer längere Produktionskette hinter sich her. Und wehe, sie reißt irgendwo.

Wie psychisch belastbar sind die Insassen einer derartigen „Bequemokratie“? Wenn der Flieger ausfällt, die Tankstelle den Benzinpreis erhöht, das Handy keine Verbindung hat, der Supermarkt geschlossen ist, dem Kaffee das Verwöhnaroma fehlt oder die Haushaltshilfe den Gehweg nicht gefegt hat, ist der Spaß vorbei. Inmitten organisierter Hilflosigkeit verlieren Konsumhypochoonder leicht die Fassung. Jede Lücke oder Verzögerung innerhalb einer Rundumversorgung, die sich als Normalzustand etabliert hat, wird lautstark als Zumutung beschimpft. Denn sie ist nichts weniger als der Antichrist moderner Fortschrittsverheißungen. Jedoch strandet der Imperativ beständiger Zumutbarkeitssenkungen in einer Paradoxie: Das Zusammenspiel aus technologischer und ökonomischer Entwicklung, durch die jede körperliche Zumutung ausgerottet werden sollte, senkte zugleich die Toleranzgrenzen. So wird über die Hintertür das Potenzial jener Situationen, die zwar vormals erträglich waren, nun aber als Zumutung empfunden werden, ins Unermessliche gesteigert. Die Gewöhnung an komplexe und weitreichende, daher umso störanfälligere Fremdversorgung ist eben keine Glücksgarantie, sondern eine Zeitbombe. Nicht erst, wenn die „Herzmaschine“⁴ keinen Saft mehr kriegt, sondern bereits dann, wenn die bloße Angst davor wächst, droht ein emotionales Desaster. Je höher das Komfortniveau, umso tiefer der Fall, wenn Finanz- und Ressourcenkrisen oder andere Störereignisse das Kartenhaus einstürzen lassen.

Die Verletzlichkeit fremdversorgter Daseinsformen bringt sich durch latente Eskalationsszenarien in Erinnerung. Deren Verlauf hängt davon, wie hoch das erreichte Konsumniveau ist und inwieweit sich deren Nutznießer auf dem langen Marsch in den Überfluss jeglicher Fähigkeiten entledigt haben, notfalls durch handwerkliche, manuelle oder substanzielle Kompetenzen, also auch ohne Geld und globalisierte Industrie zur Sicherung ihrer Existenzgrundlagen beizutragen. Zwei prägnante Beispiele für die Unterschiedlichkeit ökonomischer und sozialer Vulnerabilitäten liefern Kuba und Griechenland. Insgesamt verstärkt sich das Abdriften in eine nie dagewesene Schicksalsabhängigkeit, weil das hoch technisierte Wohlstandsmodell auf entgrenzter und kapitalintensiver Spezialisierung beruht, somit nicht ohne BIP-Wachstum zu stabilisieren ist.⁵ Letzteres wird somit zu einer alles überschattenden Nebenbedingung. Sogar „nachhaltiges“ Wirtschaften steht unter dem Vorbehalt, das BIP steigern zu müssen.

⁴ Zentrales Versorgungsaggregat in Fritz Langs „Metropolis“ (1927)

⁵ Vgl. Binswanger 2006, Paech 2007

6 Die ökologische Entkopplung wirtschaftlichen Wachstums scheitert

Die seit vier Jahrzehnten stets aufs Neue bemühte Idee einer ökologischen Modernisierung beruht darauf, die Kollision zwischen Wachstumsdiktat und Ökosphäre dadurch abzuwenden, dass Innovationen in Form von Effizienz und Konsistenz die Wertschöpfung von Schäden entkoppeln. Abgesehen von Singularitäten, die bestenfalls unter Laborbedingungen zustande kommen, sich also niemals auf die Praxis übertragen lassen, sind ökologisch unschädliche BIP-Steigerungen bis heute utopisch geblieben. Wirtschaftswachstum setzt zusätzliche Leistungsübertragungen voraus, die einen Geldfluss zwischen mindestens einem Anbieter und Empfänger induzieren. Deshalb hat der Wertschöpfungszuwachs eine Entstehungs- *und* Verwendungsseite, die *beide* ökologisch zu neutralisieren wären. Selbst wenn es je gelänge – vielleicht weil die Gesetze der Thermodynamik vorübergehend ausgefallen sind –, eine geldwerte und damit BIP-relevante Leistungsübertragung vollständig zu entmaterialisieren (Entstehungsseite), wäre das Entkopplungsproblem keineswegs gelöst, weil sich mit dem zusätzlichen Einkommen beliebige Güter finanzieren lassen (Verwendungsseite), deren materielle Wirkung zu berücksichtigen ist.

6.1 Entstehungsseite des Wachstums: Materielle Rebound-Effekte

Wie müssten Güter beschaffen sein, die als geldwerte Leistungen von mindestens einem Anbieter zu einem Nachfrager übertragen werden, ohne dass deren physischer Transfer, Herstellung, Nutzung und Entsorgung jegliche Flächen-, Materie- und Energieverbräuche verursacht? Sämtliche bisher präsentierten „Green Growth“-Lösungen erfüllen diese Voraussetzung jedenfalls nicht, ganz gleich ob es sich dabei um Passivhäuser, Elektromobile, Ökotextilien, Photovoltaikanlagen, Bio-Textilien, Offshore-Anlagen, Blockheizkraftwerke, Smart Grids, solarthermische Heizungen, Cradle-to-cradle-Getränkeverpackungen, Carsharing etc. handelt. Nichts von alledem kommt ohne physischen Aufwand aus. Zeitweilig galt die Digitalisierung als Fluchtweg aus der Materialität arbeitsteiliger Leistungsausformung und -übertragung. Aber nie dagewesene Elektroschrottlawinen, horrenden Ressourcenverbräuche für die Endgeräteherstellung, ganz zu schweigen von den Energieverbräuchen des Betriebs und der nötigen Infrastrukturen haben auch diesen grünen Hoffnungsträger zerschellen lassen. Hinzu kommen sekundäre und tertiäre Effekte, denn digitale Kommunikation senkt Transaktionskosten. Dies beschleunigt den Leistungsaustausch sämtlicher Märkte und lässt überdies völlig neue entstehen.

Nun ließe sich einwenden, dass die grünen Effizienz- oder Konsistenzlösungen den weniger nachhaltigen Outputstrom allmählich ersetzen könnten, statt einfach „grüneren“ Output zu addieren. Aber eine Ökologisierung von Flussgrößen führt nicht per se zu einer ökologischen Entlastung, wenn sie mit einer Ausdehnung materieller Bestandsgrößen erkaufte wird. Neue Technologien und Produkte fallen weder vom Himmel noch entstehen sie durch bloße Umrüstungen vorhandener Produktionsstätten. Erforderlich sind neue Anlagen, Produktionsstandorte und Infrastrukturen. Um zu erwirken, dass sowohl bezogen auf Fluss- als auch Bestandsgrößen eine Substitution statt purer Addition weiterer stattfindet, müssten die alten Kapazitäten beseitigt werden. Aber wie kann die Materie ganzer Industrien und Infrastrukturen ökologisch neutral verschwinden?

Selbst wenn Letzteres gelänge, ergäbe sich ein zweites Dilemma: Wie kann das BIP dauerhaft wachsen, wenn jedem grünen Wertschöpfungsgewinn ein Verlust infolge des Rückbaus alter

Produktionssysteme entgegenstünde? Wer beispielsweise glaubt, erneuerbare Energieträger könnten langfristig die BIP-Beiträge der atomaren und fossilen Industrien ersetzen, übersieht folgendes: Die derzeit bestaunten Wertschöpfungsbeiträge grüner Technologien entsprechen einem Stroheffekt, der allein dem vorübergehenden (und im Übrigen additiven) Kapazitätsaufbau geschuldet ist. Danach reduziert sich die ökonomische Wirkung auf einen Energiefluss, der vergleichsweise wenig Aufwand an wertschöpfungsrelevanten Inputs verursacht und nicht beliebig gesteigert werden kann – es sei denn, die Anlagenproduktion und -projektierung wird ohne Begrenzung fortgesetzt. Aber dann droht wieder der alte Wachstumskonflikt. Die bereits jetzt unerträglichen Landschaftszerstörungen nähmen entsprechend zu, weil die materiellen Bestandsgrößen expandieren.

Daran zeigt sich außerdem, dass die Erneuerbaren – das Flaggschiff aller grünen Wachstumsträume – ohnehin kein ökologisches Problem lösen, sondern nur in eine andere physische, räumliche, zeitliche oder systemische Dimension transformieren. Derartige oder ähnliche Problemverlagerungen sind das Wesensprinzip aller Hoffnungsträger des „Green Growth“.⁶ Deshalb sind bisherige Versuche, vermeintliche Entkopplungserfolge empirisch nachzuweisen, nur so brauchbar, wie es gelingt, alle räumlichen und sonstigen Verlagerungseffekte zu berücksichtigen. Aber wie sollen CO₂-Einsparungen und Landschaftszerstörungen saldiert werden? Wie kann der bei isolierter Betrachtung nicht zu leugnende Effizienzvorteil von Energiesparlampen gegen den verheerenden Konsistenznachteil (Entsorgung, Gesundheitsgefährdung) abgewogen werden?

6.2 Verwendungsseite des Wachstums: Finanzielle Rebound-Effekte

Angenommen, ein von der Entstehungsseite her ökologisch unschädliches BIP-Wachstum wäre jemals praktikabel: Wie könnte dann sichergestellt werden, dass auch die damit unvermeidlich korrespondierenden Einkommenszuwächse ökologisch neutral sind? Es ist praktisch undenkbar, dass der Warenkorb jener Konsumenten, die das zusätzliche in den grünen Branchen erwirtschaftete Einkommen beziehen, frei von Gütern ist, in deren globalisierte Produktion fossile Energie und andere Rohstoffe einfließen. Würden die Nutznießer des grün erwirtschafteten Einkommens etwa nicht in Eigenheimen leben, mit dem Flugzeug reisen, Auto fahren und das übliche Güterspektrum in Anspruch nehmen? Folglich würde der Einkommenseffekt jener Investitionen, die zwecks vermeintlich grünen Wachstums unabdingbar sind, die Nachfrage nach fossiler Energie und anderen Ressourcen tendenziell steigern.

Zu berücksichtigen ist ein zweiter finanzieller Rebound-Effekt. Er resultiert daraus, dass die für das grüne Wachstum unabdingbaren Investitionen die Kapazitäten ausdehnen. Wenn etwa – um beim Beispiel der Energiewende zu bleiben – der Elektrizitätsoutput insgesamt steigt, weil nicht im Umfang des Ausbaus der Erneuerbaren die Kapazität an fossiler Produktion verringert wird, sinkt insgesamt der Strompreis, was wiederum die Nachfrage erhöht, und zwar sowohl nach Energie als auch nach Energie verbrauchenden Geräten. Verschärfend kommt hinzu, dass von der Nachfragesteigerung sogar fossile Sektoren mitprofitieren können. Dasselbe gilt für den Wohnbereich. Wenn durch zusätzliche Passivhäuser die Wohnfläche insgesamt steigt, mindert dies tendenziell deren Preis. Also kann mehr Wohnraum finanziert werden. Auch hier kann sich der ohnehin konterkarierende Effekt noch verschlimmern, wenn ein Teil der insgesamt gestiegenen Nachfrage auch auf die konventionelle Baubranche entfällt. Ein dritter finanzieller Rebound-Effekt kann eintreten, wenn Effizienzerhöhungen die

⁶ Vgl. Paech 2012

Betriebskosten bestimmter Objekte (Häuser, Autos, Beleuchtung etc.) reduzieren. Die monetären Einsparungen sind dann für zusätzliche Mobilität und Konsumausgaben verfügbar.

Theoretisch ließen sich finanzielle Rebound-Effekte vermeiden, wenn jeder durch grüne Investitionen induzierte Einkommenszuwachs abgeschöpft würde. Aber abgesehen davon, dass dies unter marktwirtschaftlichen Bedingungen undenkbar sein dürfte, ergäbe sich ein unlösbarer Widerspruch. Was könnte absurder sein, als Wachstum zu erzeugen, um es dann im selben Moment zu neutralisieren? Schließlich hat Wirtschaftswachstum keinen anderen Sinn als die Schaffung zusätzlichen Einkommens, ganz gleich auf welche Weise und für wen. Die Behauptung, durch Investitionen in grüne Technologien könne Wirtschaftswachstum mit einer absoluten Senkung von Umweltbelastungen einhergehen, ist also nicht nur falsch, sondern kehrt sich ins genaue Gegenteil: Allein unter der Voraussetzung eines nicht wachsenden BIPs haben grüne Technologien überhaupt eine Chance, die Ökosphäre zu entlasten. Und dies ist nicht einmal eine hinreichende Bedingung, weil die materiellen Rebound-Effekte – insbesondere die unzähligen Verlagerungsmöglichkeiten – auf der Entstehungsseite ebenfalls einzukalkulieren sind.

7 Konturen einer Postwachstumsökonomie

Wenn eine ökologische Entkopplung des BIP-Wachstums systematisch fehlschlägt, bleibt logischerweise nur die schrittweise Reduktion industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme auf ein räumlich und zeitlich übertragbares Niveau. Infolge heraufziehender Krisenszenarien, auf die innerhalb der herrschenden Wachstumslogik niemand eine Antwort hat, ist dieser Weg ohnehin vorgezeichnet, „by design or by disaster“. Den Rückbau sozialverträglich und ökonomisch resilient zu gestalten, liegt im Kern einer Postwachstumsökonomie.

7.1 Jenseits der monetären Sphäre

Das Gestaltungsprinzip der Suffizienz konfrontiert die Steigerungslogik konsumtiver Selbstverwirklichungsexzesse mit einer Gegenfrage. Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Welcher Wohlstandsschrott, der längst das Leben verstopft, obendrein Geld, Raum sowie ökologische Ressourcen beansprucht, ließe sich ausmustern? Dafür liefert eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz⁷ Beweggründe jenseits moralischer Imperative. In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die niemand mehr bewältigen kann, werden Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz. Das zunehmend „erschöpfte Selbst“ (Ehrenberg 2004) verkörpert die Schattenseite einer gnadenlosen Jagd nach Glück, die immer häufiger in Überlastung umschlägt.

Der zweite Schritt bestünde in einer neu zu justierenden Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Dies kann unterschiedlichste Formen annehmen. Zwischen den Extremen reiner Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Versorgungsketten. Deren Länge zu reduzieren bedeutet, von außen bezogene Leistungen durch eigene Produktion punktuell oder graduell zu ersetzen. Moderne Subsistenz entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene. Sie basiert auf einer (Re-)Aktivierung der Kompetenz, manuell und kraft eigener Tätigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen, vor allem mittels handwerklicher Fähigkeiten. Die hierzu benötigte Zeit könnte sich aus dem ohnehin nötigen Rückbau des

⁷ Vgl. Paech 2010

industriellen Systems speisen. Durch eine Halbierung der Erwerbsarbeit ließen sich Selbst- und Konsumversorgung so kombinieren, dass ein bescheidenes monetäres Einkommen durch marktfreie Produktion – im Sinne kreativer Subsistenz – ergänzt wird. Letztere erstreckt sich auf drei Outputkategorien, durch die sich industrielle Produktion graduell substituieren lässt.

- a. Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung: Wer sich einen Gebrauchsgegenstand vom Nachbarn leiht, ihm als Gegenleistung ein anderes Produkt zur Verfügung stellt, trägt dazu bei, materielle Produktion durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Objekte wie Autos, Waschmaschinen, Gemeinschaftsräume, Gärten, Werkzeuge, Digitalkameras etc. sind auf unterschiedliche Weise einer entkommerzialisierten Nutzungsintensivierung zugänglich. Die betreffenden Objekte können sich im privaten Eigentum einer Person befinden oder als sog. „Commons“ organisiert sein.
- b. Nutzungsdauerverlängerung: Ein besonderer Stellenwert käme der Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern jeglicher Art zu. Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um den frühen Verschleiß zu vermeiden –, substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne notwendigerweise auf bisherige Konsumfunktionen zu verzichten. Wenn es in hinreichend vielen Gebrauchsgüterkategorien gelänge, die Nutzungsdauer der Objekte eigenständig im Durchschnitt zu verdoppeln, könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden. Auch der auf diese Weise ermöglichte Rückbau der Industriekapazität würde mit keinem Verlust an Konsumfunktionen einhergehen.
- c. Eigenproduktion: Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft⁸ als dynamischer Trend, der zur Deindustrialisierung dieses Bereichs beitragen kann. Darüber hinaus sind künstlerische und produktive Leistungen möglich, die von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände über Holz- oder Metallobjekte in Einzelfertigung bis zur semi-professionellen Marke „Eigenbau“ reichen.

Durch derartige Subsistenzleistungen kann bewirkt werden, dass eine Halbierung der Industrieproduktion und folglich der monetär entlohnten Erwerbsarbeit nicht per se den materiellen Wohlstand halbiert: Wenn Konsumobjekte länger und gemeinschaftlich genutzt werden, reicht ein Bruchteil der momentanen industriellen Produktion, um dasselbe Quantum an Konsumfunktionen oder „Services“, die diesen Gütern innewohnen, zu extrahieren. Urbane Subsistenz besteht also darin, einen markant reduzierten Industrieoutput durch Hinzufügen eigener Inputs aufzuwerten oder zu „veredeln“. Subsistenz und Industrie sind also keine Gegensätze, vielmehr lassen sie sich miteinander verzahnen. Subsistenzergebnisse speisen sich aus drei Inputkategorien:

- a. Handwerkliche Kompetenzen und Improvisationsgeschick, um Potenziale der Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung auszuschöpfen.
- b. Eigene Zeit, die aufgewandt werden muss, um eigenhändig produktive Tätigkeiten verrichten zu können.
- c. Soziales Kapital, ohne das sowohl subsistente Gemeinschaftsnutzungen als auch der Tausch marktfreier Güter undenkbar sind.

Ein solchermaßen beschaffenes „Prosummentum“⁹ zeichnet sich dadurch aus, dass es entmonetarisiert ist und somit die Kapitalintensität der Wertschöpfung gesenkt wird. Anstelle

⁸ Vgl. Müller 2011

⁹ Vgl. Toffler 1980

umfänglicher Investitionen in Produktionskapital werden arbeitsintensive Verrichtungen zum entscheidenden Inputfaktor. Nur so kann der strukturelle Wachstumsdruck überwunden werden, der industrieller Spezialisierung innewohnt, zumal diese kapitalintensiv ist¹⁰. Kapital lässt sich nur beschaffen, wenn dessen Verwertung in Form von Zins- oder Renditeerträgen hinreichend ist, um die Kapitalgeber zu befriedigen. Eben hierin liegt ein gewichtiger Wachstumstreiber.

7.2 Die Rolle der Unternehmen

7.2.1 Kürzere Wertschöpfungsketten

Nach Ausschöpfung aller Suffizienz- und Subsistenzpotenziale treten regionale Unternehmen auf den Plan. Sie sind dort gefragt, wo eine professionelle Arbeitsteilung unabdingbar ist. Wo Prosumenten überfordert sind, wären regionale Märkte und Genossenschaften oder Institutionen vom Typ „Community Supported Agriculture“ (CSA) prädestiniert. Bei den Letzteren handelt es sich um eine besondere Ausprägung der solidarischen Landwirtschaft. Sie besteht darin, dass die Nachfrager eines landwirtschaftlichen Betriebs Ernteanteile erwerben, indem sie sich an der jährlichen Finanzierung beteiligen. Damit wird nicht nur eine unmittelbare Beziehung zwischen Produktion und Verbrauch hergestellt, sondern ein Teil des unternehmerischen Risikos von den Nachfragern übernommen. Zudem bewirkt eine derartige Verkürzung von Produktionsketten, dass die monetären Ansprüche an Verwertung des eingesetzten Kapitals (Renditen, Zinsen) gesenkt werden. Wenn Nachfrager zugleich die Kapitalgeber ihres Produzenten sind, kann aufgrund der damit verbundenen Transparenz Vertrauen entstehen. Dies senkt die Notwendigkeit einer Risikokompensation in Form hoher Renditen oder Zinsen.

Eine doppelte Wechselseitigkeit zwischen den Marktakteuren begünstigt die Wiedereinbettung ökonomischer in soziale Beziehungen. Unmittelbare interpersonale Beziehungen jenseits anonymisierter Marktinteraktionen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass die Logik reiner Profit- und Kapitalertragsmaximierung von informellen sozialen Normen und Beziehungen zwischen jenen, die sich im Rahmen ökonomischer Transaktionen begegnen, durchbrochen wird. Würden in der obigen Konstellation die Kapitalgeber, welche zugleich Abnehmer der Produkte der Kapitalverwender sind, ihre Rendite- bzw. Zinsansprüche erhöhen, müssten sie sich selbst schädigen. Denn den Kapitalverwendern bliebe langfristig nichts anderes möglich, als der erhöhten Zins- bzw. Renditelast durch Preiserhöhungen zu begegnen, die wiederum auf die Kapitaleigner als Nachfrager zurückfielen.

Wenn Kapitalgeber über die Möglichkeit verfügen, selbst zu bestimmen und zu kontrollieren, in welchen Handlungsbereichen ihr Kapital zum Einsatz gelangt, entspräche es keinem „Verzicht“, wenn sie ihre Rendite- und Zinsansprüche mäßigen würden. Denn auf diese Weise verwirklichen sie sich als Förderer ihrer eigenen ethischen Orientierungen, etwa wenn sie ihre Ersparnisse in regionale, ökologische, soziale, künstlerische Projekte oder Unternehmungen investieren, die mit ihren politischen Vorstellungen harmonieren. Dieses Prinzip wird bzw. wurde durch den Förderbereich der GLS-Bank und der damaligen Ökobank bereits praktiziert. Hinzu kommt ein weiteres Element, welches zur Entflechtung von Wertschöpfungssystemen beitragen kann: Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit globale Abhängigkeiten tilgen. So würden die Vorteile einer

¹⁰ Vgl. Paech 2012a, S. 103ff

geldbasierten Arbeitsteilung zwar weiterhin genutzt, jedoch maßvoll und innerhalb eines deglobalisierten, folglich krisenresistenteren Rahmens.

7.2.2 Erhalt statt Produktion

Bedarfe, die nur durch überregionale Produktionsketten zu befriedigen sind, wären als stetig zu minimierende Restgröße zu betrachten. Somit wäre der Industriekomplex nicht nur mittels obiger Strategien zu halbieren, sondern auch umzugestalten. Die Neuproduktion von Gütern, die fern jeglicher geplanten Obsoleszenz langlebig und reparaturfreundlich sein müssten, würde eine untergeordnete Rolle spielen. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, professionelle Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. Herkömmliche Produzenten würden durch Anbieter abgelöst, die nicht an einer weiteren Expansion der materiellen Sphäre, sondern an deren Aufarbeitung und Optimierung orientiert wären. Durch Maßnahmen des Erhalts, der Wartung und vorbeugenden Verschleißminderung würden sie die Lebensdauer und Funktionsfähigkeit des Hardware-Bestandes verlängern. Reparaturdienstleistungen würden dafür sorgen, dass defekte Güter seltener ausrangiert werden; Renovationsstrategien des Typs „Umbau statt Neubau“ würden aus vorhandenen Gütern weiteren Nutzen extrahieren, indem diese funktional und ästhetisch an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst würden, und somit möglichst lange im Kreislauf einer effizienten Verwendung verblieben. Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Reduktion der Neuproduktion beitragen.

Dreh- und Angelpunkt wäre ein „Prosumenten-Management“. Unternehmen könnten Kurse oder Schulungen anbieten, um Nutzer zu befähigen, Produkte instand zu halten, zu warten und zu reparieren. Dies könnte durch ein modulares Produktdesign erleichtert werden, welches den Prosumenten nicht zu viele Kompetenzen abverlangt und Hürden senkt, die der eigenhändigen Reparatur entgegenstehen könnten. Damit könnte die Befähigung zur Subsistenz eine Unternehmensaufgabe werden. Genau hierin bestünde die nächste Entwicklungsstufe eines Unternehmertums, das nicht mehr Teil des Problems, sondern der Lösung wäre: Nicht produzieren, sondern Nachfrager dazu befähigen, möglichst wenig (Industrie-)Produktion zu benötigen.

Infolge reduzierter Bedarfe an neuer Produktion würde weniger Einkommen, also auch weniger Arbeitszeit benötigt. Ein entsprechender Industrierückbau ließe die erforderliche Subsistenzzeit frei werden, um durch Eigenarbeit, Nutzungsdauerverlängerung und Gemeinschaftsnutzung Konsumfunktionen zu generieren oder zu erhalten, die vormals finanziert werden mussten. Eine Halbierung von Erwerbsarbeit, Einkommen und Produktion halbiert folglich nicht den materiellen Wohlstand.¹¹

8 Das große politische Rad drehen oder kleine Rettungsboote bauen?

Verschiedene, hier nur grob zu skizzierende Rahmenbedingungen könnten die Postwachstumsökonomie unterstützen: Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen würden systemimmanente Wachstumszwänge mildern. Regionalwährungen könnten mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen werden. Veränderte Unternehmensformen wie Genossenschaften, Stiftungen, Non-Profit-Firmen oder Ansätze des

¹¹ Ein ähnlicher Begründungszusammenhang findet sich bei Schor (2010).

solidarischen Wirtschaftens könnten strukturell Gewinnerwartungen dämpfen. Der Subventionsdschungel könnte durchforstet werden, um gleichermaßen ökologische Schäden und öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Infrastrukturen wären sinnvoll. Insbesondere Industrieparkanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären zu entsiegeln und zu renaturieren. Andernfalls können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächeninanspruchnahmen und Landschaftsverbräuche dieser Technologien zu reduzieren. Weiterhin wäre der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen zu konkretisieren. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2,7 Tonnen), das übertragbar sein könnte. Unternehmen wären zu verpflichten, alle Produkte mit dem CO₂-Footprint entlang des gesamten Lebenszyklus zu kennzeichnen.

Abgesehen davon, dass es an sich trivial ist, weitere politische Maßnahmen aufzulisten, die mit einer Postwachstumsökonomie vereinbar sind¹², drängt sich ohnehin eine andere Einschätzung auf: Solange keine politischen Mehrheiten in Sicht sind, die den Tanker zum Bremsen und Umsteuern bewegen, dürfte die dezentrale und autonome Entwicklung vieler Rettungsboote die realistischere Strategie darstellen. Denn eine Nachhaltigkeitspolitik, die sich anschickt, das liebgewonnene Einkaufs- und Mobilitätsparadies zurückzubauen, verletzt die Systemlogik moderner Konsumdemokratien. Deren oberstes Prinzip gleicht einem Überbietungswettbewerb: Es gewinnt, wer den Wählern mehr materielle Freiheiten sowie Schutz vor Unzumutbarkeiten verspricht und das resultierende Rund-um-sorglos-Paket obendrein mit dem Green Growth-Feigenblatt bedeckt. Noch ist es so, dass eine Abkehr von diesem expansiven Strukturkonservatismus politischem Selbstmord entspräche. Nicht trotz, sondern wegen ihrer demokratischen Verankerung ist die europäische Politik fest in der Hand einer Fortschrittsmentalität, die jeden Wandel ächtet, der entgrenzte und konsumtive Daseinsformen antastet. Jene, die von dieser Lebensweise abhängig sind oder – je nach Perspektive – von ihr profitieren, bilden längst die politische Mehrheit.

Getreu dem modernen Entwicklungsparadigma kennt der Fahrstuhl, mit dem sich zusehends höhere Ebenen des Wohlstandsgebäudes erreichen ließen, nur eine Aufwärtsrichtung. Die Rückkehr zu bescheideneren, weniger bequemen Ausstattungsniveaus war nie vorgesehen. Getreu dem Motto „Bloß nicht nach unten schauen, sonst wird einem angesichts der immens gewachsenen Fallhöhe schwindelig“ lässt sich mit der Abhängigkeit von Fremdversorgung sogar Politik machen. Entsprechend attraktiv sind Zukunftsphantasien vom Typ „Green New Deal“, versprechen sie doch nichts weniger als ein mindestens so hohes, aber grün angepinseltes Stockwerk.

Insoweit die Konzeption der Postwachstumsökonomie bescheidenere und subsistentere Versorgungsmuster voraussetzt, verortet sie sich diametral zum Komfort-Code. Daraus ergeben sich anspruchsvolle Erfordernisse an einen Wandel von Lebensstilen und Alltagspraktiken. Die resultierende Situation meistern zu können, ist keine Frage der Einsicht, des Wollens oder der bekundeten Akzeptanz, sondern der substanziellen Befähigung hierzu, also spezifischer Formen eines Könnens und hinreichender Belastbarkeit.

Derartige Befähigungen mussten auf dem Weg in einen alles umfassenden Konsumismus systematisch verlernt werden. Ihre Aufrechterhaltung hätte nichts weniger als stetige Übung erfordert, aber die ist nicht zum Nulltarif zu haben. Übung lässt sich nicht delegieren, sondern muss selbsttätig ausgeführt und wiederholt zu werden. Hierzu muss eine individuelle, nicht

¹² Vgl. Paech 2012, S. 134ff

beliebig vermehrbare Ressource angeboten wird, nämlich Zeit. Aber eigene Zeit ist knapp, so dass unterschiedliche Daseinsausprägungen um sie konkurrieren. Wenn sie verausgabt wird, um durch spezialisierte Arbeit Geld zu verdienen, mit dem wiederum die Bequemlichkeiten eines modernen Lebens finanziert werden, besteht weder die Möglichkeit, noch der Anlass, Praktiken jenseits konsumtiver Daseinsformen zu üben. Wenn aber klar ist, dass eine Wirtschaft ohne Wachstum die vollständige Aufrechterhaltung des Konsummodells ausschließt, beschwört die Transformation abschreckende Überforderungen herauf.

Solange dies gilt, können nur Maßnahmen politisch anschlussfähig sein, die keine Einschränkungen vorgeben, sondern etwas Zusätzliches eröffnen. Derartige Strategien sind dem beschriebenen kulturellen Lock-in geschuldet. Sie führen direkt ins Desaster, ganz gleich ob mit oder ohne grünen Anstrich. Wege aus der Pattsituation beginnen nicht im Inneren des stahlharten Politikgehäuses, das von der Angst ummantelt ist, sensible Wähler durch unbequeme Wahrheiten zu ängstigen. Nur wenn Krisen – „Peak Everything“, Klimawandel, Finanzchaos, psychische Überforderung – es erzwingen oder die eigenständige Verbreitung einer de-globalisierten und partiell de-industrialisierten Lebenskunst sichtbar wird, gewinnen politische Akteure den Mut, sich auf eine Postwachstumsökonomie einzulassen. In überentwickelten Konsumgesellschaften agiert die Politik nicht, sondern reagiert; sie eilt einem nötigen Kulturwandel zum Weniger niemals voraus, sondern bestenfalls in sicherem Abstand hinterher. Und weil sie sich darin seit 40 Jahren übt, ist sie an allen Abzweigungen in Richtung Nachhaltigkeit vorbeigerauscht. Jetzt geht es nicht mehr um die Vermeidung des Kollapses, sondern um seine Gestaltung.

Literatur

- Binswanger, H. C. (2007): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg.
- Domar, E. D. (1946): Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, in: *Econometrica*, Vol. 14, No. 2, S. 137-147.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge/London.
- Ehrenberg, A. (2004): *Das erschöpfte Selbst*, Frankfurt.
- Harrod, R. F. (1939): An Essay in Dynamic Theory, in: *The Economic Journal*, Vol. 49, No. 193, S. 14-33.
- Heinberg, R. (2007): *Peak Everything*, Gabriola Island.
- Illich, I. (1973): *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, München.
- Kümmel, R. (1980): *Growth Dynamics of the Energy Dependent Economy*, *Mathematical Systems in Economics*, 54, Cambridge, MA.
- List, F. (1841): *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Stuttgart.
- Marx, K. (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Hamburg.
- Malthus, T. (1798): *An Essay on the Principle of Population*, London.
- Meadows, D./Meadows, D./Zahn, E./Milling, P. (1972): *Limits to Growth – A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. London.
- Mill, J. S. (1848): *Principles of Political Economy*, London.
- Müller, C. (2011): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*, München.
- Mumford, L. (1967): *Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht*, Frankfurt a.M.
- Paech, N. (2005): *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum*, Marburg.
- Paech, N. (2007): Woher kommt der Wachstumszwang?, in: *Gaia*, 16/4, 299-300.

- Paech, N. (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 45/158-159, 10-19.
- Paech, N. (2010): Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 47/166-167, S. 33-40.
- Paech, N. (2012): Grünes Wachstum? Vom Fehlschlagen jeglicher Entkopplungsbemühungen: Ein Trauerspiel in mehreren Akten, in: Sauer, T. (Hrsg.): *Ökonomie der Nachhaltigkeit. Grundlagen, Indikatoren, Strategien*, Marburg, S. 161-181.
- Paech, N. (2012a): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München.
- Quesnay, F. (1758): *Tableau économique, et maximes générales du gouvernement économiques*, Versailles.
- Ricardo, D. (1817): *Principles of Political Economy and Taxation*, London.
- Schumacher, E. F. (1973): *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik*, Reinbek (Neue Auflage 2013 im Ökom-Verlag, München).
- Romer, P. M. (1990): Endogenous Technological Change, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 98, No. 5, S. 71-102.
- Schumpeter, A. (1911): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin.
- Schor, J. (2010): *Plenitude. The New Economics of True Wealth*, New York.
- Smith, A. (1776/1976): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, London (The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Oxford, 1976, Reprint).
- Solow, R. M. (1956): A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics*, 70, S. 65-94.
- Toffler, A. (1980): *The Third Wave*, New York.
- Ullrich, W. (2006): *Habenwollen*, Frankfurt a.M.